

Ausland

China

„Peking hat uns das Herz gebrochen“

Die chinesische Regierung macht Wanderarbeitern das Leben schwer mit dem Vorwand, die Vorstädte zu „modernisieren“. Hier berichten drei von ihnen.

Wang Yushu, 47, lebt seit 17 Jahren als Wanderarbeiter in Peking, er fließt Küchen und Badezimmer für einen Monatslohn von 6000 Yuan, etwa 770 Euro. Nun, nach zwei großen Bränden, bei denen 24 Menschen ums Leben kamen, wurde seine baufällige Wanderarbeitersiedlung in der Vorstadt geräumt. Tausende stehen bei klirrender Kälte auf der Straße.

„Ich bin 2008 schon einmal umgesiedelt worden“, sagt Wang, „damals war in der Innenstadt kein Platz mehr für

uns. Noch weiter raus können wir aber nicht. Peking ist zu groß, um jeden Morgen so weit zu fahren.“ Nun würden er und seine Frau wohl in ihre Heimatstadt Chongqing zurückkehren. „Unsere Einkommen in Peking haben gereicht, um in Chongqing eine Wohnung zu kaufen, in der allerdings leben unsere Eltern. Wir werden jetzt zu meinem Sohn ziehen, er hat einen Job in einer Handyfabrik.“

Auch **Frau Liang** und **Herr Zhang** haben als Wanderarbeiter zum Aufschwung Pekings beigetragen, zehn Jahre lang lebten sie hier, auch sie wurden gerade aus ihrer Unterkunft geworfen. Nun warten sie auf einen Bus, der sie in ihre Heimatprovinz Anhui zurückbringen soll.

„Vor zwei Tagen haben sie uns den Strom abgedreht“, sagt Frau Liang, „heute früh wurde das Haus geräumt.

Mein Mann wollte noch ein paar Sachen einpacken, aber man ließ uns nicht mehr in unser Zimmer. Es kam zu einem Handgemenge, mein Mann wurde am Auge getroffen. Wir hätten ohnehin nicht bleiben können: Ohne Strom können wir nicht heizen, und das ist bei dieser Kälte nicht zu ertragen.“

Zusammen hätten sie pro Monat umgerechnet 1300 Euro verdient, erzählt der Maurer Zhang. „Damit haben wir das Studium unserer Tochter finanziert. Wir werden auch in Anhui Jobs finden, aber viel weniger verdienen.“ Verloren haben sie nicht nur ihren Hausstand, sondern auch den Traum vom „moderaten Wohlstand“, den die Kommunistische Partei ihnen versprochen hat. „Peking hat uns das Herz gebrochen“, sagt Frau Liang. „Ich fühle mich nutzlos.“ bza

Russland

„Möchten Sie Herrn Putin eine Frage stellen?“

Es beginnt mit einem Anruf von Wladimir Putins Presseleuten. Ob ich eine Frage stellen möchte auf dessen Pressekonferenz. Und wenn ja, zu welchem Thema. Es ist Anfang Dezember, das jährliche Großereignis steht vor der Tür: die Pressekonferenz des Präsidenten vor rund 1500 Journalisten, und das gerade mal drei Monate vor der Wahl. Sie wird live übertragen im russischen Fernsehen und penibel geplant.

Ich wolle etwas zu den deutsch-russischen Beziehungen fragen und zur Lieferung von Siemens-Turbinen auf die Krim, richte ich aus. Die Pressestelle antwortet mit einer Bitte: ob ich SPIEGEL auf ein Schild malen könnte, DIN A3 oder kleiner, damit Putin oder sein Sprecher Dmitrij Peskow mich erkennen?

Was es mit den Schildern auf sich hat, sah ich am vergangenen Donnerstag im Moskauer

World Trade Center. Rundherum selbst gebastelte Tafeln mit Fragen, Namen, Problemen, Komplimenten. „Krasnojarsk erstickt“ steht da, „Rettet die Kinder“ oder „Opa Putin“ auf Tatarisch. Ich halte zaghaft die neueste SPIEGEL-Ausgabe in die Höhe. Aber Putin kann mich meist gar nicht sehen, so wenig wie ich ihn. Zwischen uns schwenkt nämlich ein massiger Burjate sein Schild, er

will den Omul im Baikalsee retten. Meine Frage wird nicht abgerufen. Macht nichts!

Pressekonferenz heißt hier ohnehin nicht, dass der Präsident die Presse informiert. Es ist umgekehrt, die Presse informiert den Präsidenten: Wladimir Wladimirowitsch, in Weliki Nowgorod verfallen die Kindergärten! In Wladiwostok werden Parks abgeholzt! Im Leningrader Gebiet sind die Heizkosten zu hoch!

Am Baikalsee ist die Uferschutzzone zu groß!

„Ihnen sagt man das alles ja nicht“, fügen sie dann hinzu. Fast vier Stunden lang kämpfen Bittsteller um die Aufmerksamkeit des Herrschers, erzählt das Volk von seiner harten Wirklichkeit.

Meine Frage hätte da schlecht hingepasst, genauso wenig wie Putins Antwort.



Esch bei Putin-Pressekonferenz

Christian Esch ist Korrespondent des SPIEGEL in Moskau.

Fußnote

2153

Tage würde es dauern, die etwa 646 000 nach Bangladesch geflohenen Rohingya in ihre Heimat zu schicken, denn die burmesische Regierung will derzeit nur 300 Rückkehrer pro Tag akzeptieren. Allerdings ist unklar, ob eine Rückführung überhaupt möglich ist – viele Dörfer sind zerstört. Mindestens 6700 Rohingya seien allein von August bis September getötet worden, schätzt Ärzte ohne Grenzen.